

Antikriegstag 2020 Abrüsten statt Aufrüsten

Der neue Kalte Krieg der NATO gegen Russland wird immer weiter zugespitzt. Unter anderem durch atomare Aufrüstung: Die USA besitzen seit Ende 2019 U-Boote mit neuen, „kleinen“ Atomsprengköpfen auf Trident-Raketen. Mit diesen „taktischen“ Atomwaffen wird die Schwelle geringer, einen nuklearen Krieg vom Zaun zu brechen. Ein Szenario, das die Zerstörung Europas in einem Inferno einkalkuliert!

Denn auch hierzulande, auf dem Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz), lagern US-Atombomben, die künftig durch die neueste Generation ersetzt werden, was nichts anderes als nukleare Aufrüstung bedeutet. Im April kündigte Kramp-Karrenbauer den Kauf von 30 F-18-Kampfflugzeugen für die Bundeswehr an, die im Ernstfall im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO die Bomben abwerfen würden.

Auch in diesem Fall handelt die Bundesregierung gegen den Willen einer deutlichen Mehrheit der Bundesbürger (61 Prozent). Im Falle eines Atomkrieges wäre die Bundesrepublik also ein unmittelbares Angriffsziel!

Die Regierung Merkel will mit der engen Anbindung an den US-Imperialismus ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der welt-

weiten militärischen Dominanz der NATO leisten. Angesichts des angekündigten Abzuges von 10.000 US-Soldaten aus Deutschland ist es geboten, den sofortigen, vollständigen Abzug der US-Truppen zu fordern, einschließlich der Kommandozentralen, Munitionsdepots und Atombomben. Anstatt immer weiter aufzurüsten und neues Kriegsgerät wie zum Beispiel Kampfdrohnen anzuschaffen, gilt es abzurüsten.

Die enormen Kosten des Rüstungswahnsinns bürdet die Regierung großen Teilen der Bevölkerung auf, während Rüstungskonzerne profitieren. Bewusst wird das Verhältnis zu Russland und China immer weiter verschlechtert – auf Kosten von Sicherheit und Frieden in unserem Land.

Wir fordern:

- **Frieden mit Russland und China statt Sanktionen und Aggressionen!**
- **Kein Aufmarschgebiet gegen Russland!**
- **Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!**
- **Rüstungsmilliarden in Sozial-, Renten- und Gesundheitskassen**



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der Coronavirus ist an allem schuld! Das will man uns glauben machen. Ja, Corona hat die Krise verschärft und manches sichtbar gemacht. Aber „Die Wirtschaft“ taumelte schon seit Ende des letzten Jahres in eine für das kapitalistische System typische Überproduktionskrise. Geld wurde in Ermangelung profitabler Anlagemöglichkeiten statt in die Produktion in die Spekulation gesteckt. Immer mehr Bereiche der privatisierten Daseinsvorsorge kamen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, was während der Pandemie im Bildungswesen und ganz besonders im Gesundheitswesen sichtbar wurde.

Diese Ausgabe der Frankfurter Stadtzeitung widmet sich anlässlich des Antikriegstages vor allem der Frage Krieg und Frieden. Wir wollen aber auch aufzeigen, Betriebsabschlüssen wie bei Günther & Co. und Karstadt zeigen: Die Krise heißt Kapitalismus. Auch wenn die Bundesregierung die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt hat, um Massenentlassungen zu verzögern, die Schulden werden irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Und so erklärt der Präsident des Ifo-Institutes Clemens Fuest schon mal, wie das zu geschehn hat: Zur Rückzahlung von Schulden „muss man sowohl Ausgabenkürzungen als auch höhere Steuern in den Blick nehmen. Aber man sollte dann nicht die Unternehmens- oder Einkommenssteuern erhöhen, sondern eher die Mehrwertsteuer oder die Grundsteuer, die weniger wachstumsfeindlich sind.“ Natürlich, nicht die Unternehmer und Reichen sollen zahlen, sondern Arbeiter und Mieter.

Jetzt ist der Zusammenhalt aller fortschrittlichen Kräfte gefragt, um die Angriffe des Kapitals abzuwehren.

**Unsere Solidarität heißt:
Gemeinsam Kämpfen!**

**„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich
wie die Wolke den Regen“**

Jean Jaurès

Nie wieder Krieg! In die Zukunft investieren statt aufrüsten!

Bündnis-Aufruf zum 1. September 2020

Der Antikriegstag 2020 ist ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an die zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir aus der Geschichte gezogen haben – für die wir uns heute wieder und immer noch stark machen müssen.

Jedoch: Statt politische Lösungen zu entwickeln, werden Sündenböcke gesucht, Feindbilder werden wieder aktiviert, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu. Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit, die wir nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ erhofft hatten. Stattdessen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atomkräfte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche

Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, würde das eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte. Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in das Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Deshalb: Runter mit der Rüstung, Verbot aller Atomwaffen, keine Rüstungsexporte und sofortiger Waffenstillstand in allen Kriegsgebieten.

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, rufen wir gemeinsam mit der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag zu beteiligen.

Rabe meint ...



...um Kriege zu führen, braucht man nicht unbedingt Waffen im herkömmlichen Sinne. Reichtum reicht schon. Warren Buffett, ein US-amerikanischer Großanleger mit einem geschätzten Vermögen von knapp 90 Milliarden US Dollar, wurde von der New York Times gefragt, was er für den zentralen Konflikt unserer Zeit hält. Er antwortete sinngemäß: Das brauchen sie doch nicht zu fragen, das weiß doch jeder, das ist der Krieg zwischen Reich und Arm. Meine Klasse, die Klasse der Reichen hat diesen Krieg begonnen und wird ihn auch gewinnen. Auf die Frage wer reich ist, antwortet Warren Buffett, wer beim Geldzählen eine Million übersieht und es nicht merkt, der ist reich.

Die Problematik arm und reich ist der große Kernkonflikt unserer Zeit, dem zu wenig Beachtung geschenkt wird. Es geht hier nicht um Neid, sondern daß die Konzentration von Vermögen in den Händen Weniger ein gesellschaftliches Problem ist. Die wenigen Superreichen haben Macht über Staaten und deren Regierungen. Ein weiteres Problem zieht die Konzentration von Vermögen nach sich, die Schere von Armen und Reichen geht immer weiter auseinander. Das trifft auch für die Bundesrepublik Deutschland zu. Es ist zu befürchten, dass die Kosten der Coronapandemie auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Dagegen müssen wir uns alle wehren.

Euer Rabe

Arbeitsplatzverlust: Profit geht vor Interessen der Beschäftigten!

Mit Günther & Co. und Karstadt müssen 2 Betriebe in Frankfurt schließen, die profitabel sind und eine lange Tradition haben, aber ihren Konzernchefs nicht profitabel genug sind.

Bei Karstadt steht das Haus bestimmt nicht schlechter da, als der Kaufhof am Ende der Zeil. Aber das Gebäude von Karstadt ist gemietet. Obwohl der Vermieter bereit war jährlich 1 Million

Miete nachzulassen, wurde beschlossen das Haus zum 31.10.2020 zu schließen. Die Interessen der Beschäftigten zählen nichts. Die sollen mit ihren Arbeitsplätzen die Immobilienspekulationen der Signa Holding des Herrn Benko finanzieren. Denn René Benko war immer nur an der Verwertung der Immobilien in bester Innenstadtlage und nie an den Kaufhäusern interessiert. Deshalb gab es ja auch nie ein Zukunftskonzept, das den Beschäftigten Perspektive gegeben hätte.

Für die 230 Kolleginnen und Kollegen bei Günther & Co. wurde im Januar 2020 vom schwedischen Mutterkonzern Sandvik das Aus im 1. Quartal 2021 verkündet. Nach 130 Jahren in Rö-

delheim soll nun Schluss sein. Am liebsten hätte die Geschäftsleitung gesehen, wenn die Kollegen das einfach so hingenommen hätten.

Auch wenn sie das Werk nicht retten konnten, haben sie sich durch ihre Aktionen zumindest so teuer, wie möglich verkauft.

Doch warum wird ein Werk geschlossen, dass

extrem profitabel ist? Weil mit Bodenspekulation noch mehr herausgeholt werden kann! Wie schon so oft in der Vergangenheit in Frankfurt ist es für Konzernherren profitabler ein Werk zu schließen und das Gelände gewinnbringend zu verkaufen als zu produzieren. So war es in den letzten Jahrzehnten schon bei VDM, Demag, VDO, H+B und vielen anderen Betrieben.

Wenn man das ändern will, dann muss Grund und Boden in Gemeineigentum überführt werden und darf nicht verkauft, sondern nur verpachtet werden



Die KollegInnen bei Karstadt demonstrieren für ihre Arbeitsplätze (29.6.20)

Gedankesplitter

Da hat doch de Trump jetzt-beschlosse, die USA wolle 10.000 Soldate aus em Land abziehe. Da hab ich mir gedenkt, des is ja a super Idee. Von mir aus könnt er die restliche 28.000 aach noch mitnehme. Da nörjele doch so Berjermeister rum, weil die die Brötcher im Ort gekaafft habe, un jetzt stehn se dann vorm Bankrott. Im letzte Jahrzehnt habbe mer von unsere Steuern mehr als e Milliard Euro für die US-Milidärs bezahlt. Ei, wenn mer des jetzt sparn kenne, is doch fer die Berjer in dene Orte genuch drin. Mer kennt die Truppeübungsplätz uff-forste, die Kaserne kann mer fer Wohnunge herrichte. Aber se solle haam mache un net noch näher an Russland stationiert wern. Lasst die Soldate haamgehe un nemmt die Atombombe aus Büchel glei mit. Mir wolle Friede, besonders aach mit Russland. Uns is es nämlich in unsere Geschicht immer am beste gange, wann mer mit Russland zusammegearbeit habbe und net degesche.

Aber der Trump is ja nur sauer, weesche der Erdgasleitung, weil er sei Fracking-Gas bei uns dann net loswern kann. Un in seiner Wut hat er doch wirklich mal e gud Idee gehabt.

Ei Mister Trump, gude Idee soll mer schnell umsetze, gell.

Also nix fer ungut mer mecht sich halt so sei Gedanke

Ihne Ihr aal
Sachsehäusern



Impressum:

Herausgeber: DKP Frankfurt/M
V.i.S.d.P. B.Lautermilch
c/o Hansteinstr. 4, 60318 Ffm.
info@dkp-frankfurt.de
www.dkp-frankfurt.de
facebook: <https://www.facebook.com/DKP-Frankfurt-am-Main-248610719421509/>
Bankverbindung: Postbank Ffm.
IBAN: DE07 5001 0060 0194 0276 03



unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

**Jetzt
kennenlernen**

Hände weg von Belarus!

Am 9. August haben in der Republik Belarus Wahlen stattgefunden, die der langjährige Präsident Alexander Lukaschenko, nach Angaben der Wahlkommission, gewonnen hat. Die Opposition hatte bereits vor den Wahlen verkündet, dass sie ein solches Ergebnis nicht anerkennen würde, und erklärte ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja zur Siegerin. Seitdem gibt es teilweise gewaltsame Proteste, mit mindestens einem Toten bei den Demonstranten und Verletzten auf beiden Seiten sowie Verhaftungen. In etlichen Betrieben wird auch gestreikt.

Ohne jegliche Vorlage von Beweisen haben USA und EU die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkannt und unterstützen die Opposition. Das gilt auch für die Bundesregierung und für alle Parteien im Bundestag. Sofort wurden Sanktionen gefordert.

Vorausgegangen ist dem eine jahrelange Kampagne von USA, NATO und EU gegen Belarus. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sollte es gelingen Belarus zu destabilisieren und in das Einflussgebiet der NATO zu bekommen, wäre dieses Kriegsbündnis seinem Ziel, der vollständigen Einkreisung der Russischen Föderation, ein großes Stück näher gekommen. Hinzu kommt, das Belarus die einzige ehemalige Sowjetrepublik ist, in der ein großer Teil der Produktion

in staatlicher Hand geblieben ist, soziale Errungenschaften zumindest teilweise erhalten blieben.

Die vom Westen unterstützte Opposition unter Führung von Tichanowskaja dagegen fordert die Privatisierung eines großen Teils der staatlichen Betriebe, die von ausländischen Investoren übernommen werden sollen. Grund und Boden sollen zur Ware gemacht werden, Wohnungen privatisiert, Marktnormen und Standards der EU übernommen werden. Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen sind geplant, die Liste der kostenlosen Behandlungen soll stark eingeschränkt werden. Die üblichen Forderungen des IWF werden in vorausgehendem Gehorsam geplant.

Dies alles lässt sich in Veröffentlichungen der Opposition nachlesen. Es droht ein Szenario wie 2013/14 in der Ukraine mit allen dort zu beobachtenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen. Dazu gehört auch der Nationalismus – die weiß-rot-weißen Fahnen der Demonstranten in Belarus waren 1943 bis 1945 die Farben der Kollaborateure mit der faschistischen Wehrmacht.

Sicherlich beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger von Belarus, die gegen Probleme und

Misstände in Land vorgehen wollen, an den Protesten. Vielen von ihnen geht es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht um das oben skizzierte Programm der Opposition. Sie wollen keinen zweiten Maidan und keine Erweiterung des Einflusses von NATO und EU um Belarus. Für sie wird sich niemand mehr interessieren, wenn die vom Imperialismus unterstützte Opposition mit ihrer Strategie Erfolg haben sollte.

Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus und die aggressive Einkreisung der Russischen Föderation erhöhen die Kriegsgefahr gewaltig. Wir sagen: Hände weg von Belarus!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Anerkennung der Souveränität der Republik Belarus!
- Keine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus!
- Keine Sanktionen und keinen hybriden Krieg gegen Belarus
- das belorussische Volk muss selbst über seinen Weg entscheiden können!

Erklärung des DKP-Parteivorstandes,
20. August 2020

Geld ist genug da – es muss nur umverteilt werden!

Geld ist genug da. Doch es fließt in die Rüstung. In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro.

Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliardäre und mehr als eine Million Millionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

Die DKP fordert:

- Einführung einer Millionärssteuer in Form einer jährlichen Vermögensabgabe von 2% auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro
- Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen.